

## Forderungen der Invaliden.

Aus dem Wasserbett zur Wahlurne. — Die Schweizer Lebensmittel. — Erhöhung der Löhnung und des Verpflegungsgeldes. — Freie Fahrt für die Invaliden. — Eingliederung in das Wirtschaftsleben. — Eine unterbliebene Demonstration.

Im Sophiensaal fand gestern eine von mehreren Soldatenräten einberufene Invalidenversammlung statt, die — in vielfacher Hinsicht geeignet, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der amtlichen Stellen zu erregen — einen anderen als den von den Einberufern offenkundig erwarteten Verlauf nahm.

Soldatenrat Rödels führte aus, daß die Soldatenräte des Sanitätsunterausschusses die Interessen der Invaliden verraten. Man beschäftige sich im Sanitätsunterausschusse mit nichts anderem als mit der Frage, wie man den mißliebigen Sanitätschef Dr. Drastich entfernen und durch einen anderen ersetzen könnte, von dem persönliche Vorteile zu erlangen wären. Auch damit, daß die schwerkranken Invaliden aus dem Wasserbett zur Wahlurne geschleppt wurden, sei ihnen nicht gebient. Die Schweizer Lebensmittel werden nicht verteilt, weil die Gemeinde den Schlüssel noch nicht gefunden habe; in erster Linie haben die Invaliden Anspruch darauf — dies sei der naheliegendste Schlüssel. Wenn der Soldatenrat ein Ehrenposten sei, bei dem man sich nicht die Säcke füllen könne, dann erst werden die Interessen der Invaliden richtig vertreten sein. Der Redner beantragte eine Entschliebung folgenden Inhalts: Neuwahl von Invaliden-(Soldaten-)räten in allen Anstalten, Anerkennung der Invalidenräte als dauernde Institution zur Wahrung der Interessen der Invaliden, Sitz und Stimme für ein Komitee des Invalidenrates in den staatlichen und städtischen Verwaltungskörpern, direkte Zuweisung der Schweizer Lebensmittel an die Sanitätsanstalten, Erhöhung der Spitalslöhnung von 1 K. auf 2 K. und des täglichen Verpflegungsgeldes von 5 K. 50 S. auf 7 K. 50 S., bei Schwerkranken und Tuberkulösen auf 9 K. 50 S., Erhöhung der Brotration, freie Fahrt auf Eisen- und Straßenbahnen, Erhöhung der Verpflegsbeiträge der Superarbitrierten von 3 auf 7 K. täglich. Diese Entschliebung wurde angenommen.

Soldatenrat Fischer hob dann die bisherigen Bemühungen des Sanitätsunterausschusses um die Besserung der Lage der Invaliden hervor und warnte vor dem Bruderkampf. Soldatenrat Pider meinte, die Invaliden, die den Sozialdemokraten zum Wahlsiege verholfen hätten, sollten sich jetzt mit Beschwichtigungsreden nicht begnügen. Der Obmann der Ortsgruppe Wien des Zentralverbandes der Kriegsbeschädigten Weissensteiner führte aus, man müsse bedenken, daß man in einer Stadt lebe, die nur für wenige Tage versorgt sei; die Verzögerung der Hilfe liege in der Schwäche des Staates, darum sei ausdauernde Arbeit wichtiger als radikale Reden in Versammlungen. Die Eingliederung der Invaliden in das Wirtschaftsleben sei die wichtigste Aufgabe, weil der Staat ihnen unmöglich eine solche Rente gewähren könne, daß sie „ausgesorgt“ hätten. Die Produktivität der Invaliden zu heben und sie zu gleichwertigen freien Bürgern des Staates zu machen, sei das Ziel des Zentralverbandes, der mit zwecklosen Demonstrationen nichts gemein haben wolle, weil er die Invaliden nicht zu leichtfertigen Spiel mißbrauche.

Unter dem Eindruck dieser Rede verließ die Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer den Saal, worauf von der beabsichtigten Wahl eines Komitees abgesehen und die Versammlung geschlossen wurde, ohne daß es zu dem Demonstrationsumzuge zum Rathaus gekommen wäre.